

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech.-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Neubesetzung des Auswärtigen Amtes

Die Frage des Ministerwechsels.

Die Beratungen im Hauptauschuß.

Wie wir hören, hat sich der Hauptauschuß der Nationalversammlung in seiner heutigen Vormittagsitzung in erster Linie mit der Frage des Ministerwechsels im Auswärtigen Amt befaßt. Sie wird wegen ihrer besonderen Wichtigkeit allen übrigen Einzelheiten der bevorstehenden Umbildung des Reichskabinetts vorgezogen. Es ist noch keineswegs sicher, daß Dr. David die Nachfolge des Ministers Müller übernehmen wird. In parlamentarischen Kreisen neigt man jetzt mehr zu der Auffassung hin, daß eine gewisse ressortmäßige Sachkenntnis für die Leitung des Auswärtigen Amtes unerlässlich ist, und daß diese Rücksicht wichtiger sein müsse, als alle parteipolitischen Erwägungen. Ob man wieder zu der alten Übung zurückkehren wird, einen Berufsdiplomaten zu wählen, oder ob sich in parlamentarischen Kreisen ein geeignet scheinender Anwärter finden wird, steht noch dahin. Da die Frage des Auswärtigen Amtes noch offen ist, dürfte die Entscheidung über die Neubesetzung anderer Posten erst in einigen Tagen erfolgen. (Siehe auch vierte Seite.)

Von dem von einigen Blättern angekündigten Empfang der demokratischen Parteiführer beim Reichspräsidenten

ist an der maßgebenden Stelle nichts bekannt. Der Reichspräsident ist erst in den späten Vormittagsstunden von seiner Reise zurückgekehrt. — Der „Tag“ hatte heute früh angebliche Erklärungen des Reichsministers Erzberger in der Zentrumsfraktion wiedergegeben. Diese Nachricht wird amtlich dementiert. Reichsminister Erzberger habe sich darauf beschränkt, in der Zentrumsfraktion einen Überblick über die augenblickliche Lage und ihre Aussichten zu geben. Selbstverständlich habe er die ihm in den Mund gelegten Äußerungen, nach seiner Ansicht würden „die Demokraten alles annehmen, was man ihnen anbiete, nur um wieder in die Regierung zu kommen.“ nicht getan.

Die vereinigten Nachrichtenabteilungen.

Die geplante Zusammenlegung der Nachrichtenabteilungen der verschiedenen Reichsämter wird, wie wir hören, nunmehr erfolgen. Sie werden, voraussichtlich noch im Laufe des Oktober, ein neues gemeinsames Heim in dem früheren Palais des Prinzen Leopold in der Wilhelmstraße erhalten. Ministerialdirektor Kaufher hat am Montag die kommissarische Leitung der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes übernommen und einweilen das dortige Direktorenzimmer bezogen. Es ist, wie wir weiter erfahren, geplant, die Referenten in den Nachrichtenabteilungen mit Berufsjournalisten zu besetzen.

Belgische Gewalttaten gegen Deutsche.

Steinwürfe gegen unsere heimkehrenden Gefangenen.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die auf der Heimfahrt durch Belgien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen von der Bevölkerung mit Stein- und Glaswürfen angegriffen werden. Bisher sind 28 Heimkehrer verletzt in Köln eingetroffen. Wegen dieses unglücklich rohen und unmenschlichen Verhaltens gegen die deutschen Kriegsgefangenen, denen endlich nach langen Jahren die Freiheit zurückgegeben ist, wird schärfster Einspruch bei der belgischen Regierung erhoben.

Abschiebung der Fremden aus Oesterreich

Drahtmeldung.

Wien, 26. September. (B. T. S.)

Die Parlamentskorrespondenz meldet: Im Auftrage einer Volksversammlung, die gestern im Rathaus abgehalten wurde, begab sich Abgeordneter Dr. Urfin zum Staatssekretär des Innern und überreichte eine von der Volksversammlung gefaßte Entschließung betreffend die Abschiebung der Fremden, die das österreichische Staatsbürgerrecht nicht besitzen. Der Staatssekretär erklärte, daß die Abschiebung der Fremden angesichts der bestehenden großen Nahrungs-, Kohlen- und Wohnungsnot tatsächlich durchgeführt werde. Der von der Versammlung gewünschte Termin am 5. Oktober könne jedoch nicht eingehalten werden.

Der Eindruck der Rede Clemenceaus.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 27. September.

Clemenceaus Rede hat in Paris, wie von dort gedächet wird, eine durchweg schlechte Presse. Namentlich wird getadelt, daß Clemenceau bei Ausbruch des Krieges zu Blond George sagte, er werde „Paris verbrennen, um Frankreich zu retten“. Die Presse erwidert darauf, daß der Verlust von Paris mit seinen Eisenbahnen ein Schlag gewesen wäre, der die Entente im Herzen getroffen und sie machtlos gemacht hätte.

Mexiko für Engländer gesperrt.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 27. September.

Aus Washington wird gemeldet, daß Mexiko seine Grenzen gegen englische Untertanen geschlossen habe wegen der Beigerung Englands, Mexikos diplomatische Vertreter zu empfangen.

Kein früheres Vermin der Reichstagswahlen. Gegenüber der Mitteilung der „Mitteldeutschen Post“, daß die Regierung sich mit der baldigen Auflösung der Nationalversammlung beschäftigt, wird amtlich erklärt, das Reichskabinett habe bisher keine Beanstandung gehabt, sich mit der Frage zu befassen.

Die Räumung des Baltikums.

Eine Kommission der Entente in Deutschland.

Da die Bemühungen der Regierung, die im Baltikum stehenden deutschen Truppen zum Rückzug zu veranlassen, erfolglos geblieben sind, hat die Regierung in Ausführung einer schon vorher geäußerten Drohung nunmehr die Löhnung für die Truppen gesperrt, die dem Abmarschbefehl keine Folge leisten. Ferner hat sich die deutsche Regierung damit einverstanden erklärt, daß eine gemischte Kommission, aus Mitgliedern Deutschlands und der Alliierten bestehend, in das Baltikum geht und dort für die Durchführung des Räumungsbefehls sorgt. Diese Kommission wird auch für die nicht zu den Truppen gehörigen Reichsangehörigen sorgen, die sich im Baltikum befinden. Sie wird auch auf die zahlreichen Abenteurer zu achten haben, die sich den deutschen Truppen angeschlossen haben, und gegen die bereits von deutscher Seite eine Grenzsperrung verhängt worden ist.

Die Umbildung des ungarischen Kabinetts.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Wien, 27. September.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ erfährt aus Budapest: Die teilweise Umbildung des Ministeriums Friedrich ist nunmehr erfolgt. Zum Justizminister wurde der frühere Präsident des Konsulargerichts in Konstantinopel Bela Zoltan, zum Minister für Sanktionswesen der bekannte Internist Universitätsprofessor Baron Friedrich Koranyi, zum Handelsminister Staatssekretär a. D. Dr. Foggyesholmi ernannt. Gegenwärtig sind Verhandlungen im Zuge, welche die Aufnahme des derzeitigen Führers der früheren Arbeitspartei Baron Berenyi in das Kabinett, eventuell an die Spitze desselben, bezwecken.

Südtirols künftige parlamentarische Vertretung

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 28. September.

Aus Kreisen der Tiroler Abgeordneten wird dem „Neuen Wiener Tagblatt“ mitgeteilt: Durch das Ausscheiden der Abgeordneten Deutsch-Südtirols nach der Ratifizierung des Friedensvertrags aus der Nationalversammlung, mit Ausnahme von drei Abgeordneten, die als Vertreter des bei Deutschland verbleibenden Sienzer Gebiets ihre Mandate behalten werden, wird die Frage der weiteren parlamentarischen Vertretung Südtirols aktuell. Die Anschauung, daß die bisherigen deutschen Abgeordneten von Südtirol ihre Vertretung nunmehr in Rom übernehmen sollen, findet in Tiroler Kreisen keine Zustimmung, um so weniger, als dieser Vorgang kaum die Billigung der italienischen Regierung finden dürfte. Es ist vielmehr geplant, für die parlamentarische Vertretung Südtirols in Rom Neuwahlen vorzunehmen, die nach der alten Wahlordnung durchgeführt werden sollen.

Das Recht der Frau auf Arbeit.

Spiionage der städtischen Angestellten-Ausschüsse.

Zu der bedeutsamen Frage der Zukunft der berufstätigen Frau sendet uns eine Berliner städtische Angestellte die folgenden in vielen Punkten bemerkenswerten Ausführungen:

Am 3. September erschien an dieser Stelle ein Artikel von Wally Sepler: „Die Berufsarbeit der Frau“, der die Probleme der Frauenarbeit nach der Revolution und im Lohnkampfe mit den Männern aufrollte.

Nachdem diese Frage einmal angechnitten ist, dürfte es für die Öffentlichkeit nicht uninteressant sein, zu erfahren, wie diese Dinge sich in der Praxis abspielen. Die städtischen Behörden z. B. stehen jetzt vor einer Besoldungsreform und haben Stellung zu nehmen zu der Forderung ihrer weiblichen Angestellten: „Für gleichwertige Leistung gleicher Lohn ohne Unterschied des Geschlechts.“ Die endgültigen Entscheidungen darüber stehen noch aus, aber schon jetzt haben die Verhandlungen, wie zu erwarten war, ergeben, daß man auch bei gleichwertigen Leistungen den weiblichen Angestellten nicht den gleichen Lohn zubilligen will. Man begründet dies mit dem Ergebnis einer ziemlich lange zurückliegenden Statistik über die Lehrerinnen, aus der hervorgeht, daß die Lehrerinnen durchschnittlich häufiger ihren Dienst versäumt haben, als die Lehrer. Auf Grund dieser eben so einseitigen wie anfechtbaren Statistik will man alle weiblichen Angestellten und Beamten des Magistrats bei der neuen Besoldungsreform zurückstehen lassen hinter ihren männlichen Kollegen. Mit Recht hat eine zahlreich besuchte Versammlung aller weiblichen Angestellten und Beamtinnen des Magistrats Groß-Berlin Einspruch erhoben gegen eine derartige Zurücksetzung der Geschlechter. Wir Frauen jedenfalls müssen uns bewußt werden, daß wir auch von seiten der linksstehenden Männer, die das Frauenwahlrecht auf ihre Fahne geschrieben hatten, nicht viel zu erwarten haben, wenn es gilt, unsere eigenen, weiblichen Interessen und nicht lediglich die Kandidaturen der politischen Parteien zu fördern.

Aber nicht nur auf politischem Gebiet, auch in allen wirtschaftlichen Fragen vermischen wir den Einfluß, der der zahlenmäßig stärkeren Volkshälfte zukommt. In den Gewerkschaften, in den Angestellten-Ausschüssen, überall müssen sie und ihre Wünsche beschreiben in den Hintergrund treten. Bei der augenblicklichen Arbeitslosigkeit findet man keine günstigere Lösung dieses Problems, als zu verlangen, daß die Frauen den Männern Platz machen. Nicht nur die Frau, die während des Krieges Männerarbeit übernommen hatte, und nicht nur die Frau, deren Versorger bei Beendigung des Krieges gesund zu den Seinen zurückgekehrt ist, nein auch die Frau, die, unverheiratet, in jahrelangem Streben und ernster Arbeit sich eine Lebensstellung geschaffen hat, die Seite an Seite mit den dahingeblichen Männern unter den denkbar schwersten Bedingungen den wirtschaftlichen Kampf ausgefochten hat, soll jetzt ihren bewährten Platz dem arbeitslosen Manne räumen. Man überläßt es den Angestellten-Ausschüssen, festzustellen, welche Angestellte „nicht auf Erwerb angewiesen“ sind, und nimmt die Vorschläge der Ausschüsse für etwaige Entlassungen entgegen. Von diesem System sollen angeblich die Männer ebenso erfaßt werden wie die Frauen, in Wirklichkeit aber wird von einem Manne schwerlich gesagt werden können, daß er nicht auf Erwerb angewiesen sei, denn jeder Mann ist Familienvater oder soll es werden; den Frauen hingegen wird durch diese Maßnahme im sozialistischen Staate das persönliche Recht auf Arbeit abgesprochen, die freie Bahn der Tüchtigen verschlossen. Wenn der Vater oder der Bruder einer Angestellten Verdienst haben, dann kann das junge Mädchen, ungeachtet der Anzahl ihrer Dienstjahre, ungeachtet der Kosten ihrer Ausbildung, zu Hause bleiben und sich mit durchfüttern lassen.

Ich will absehen von der schon in Frau Seplers Artikel besprochenen unrationellen Verwertung unserer produktiven Leistungsfähigkeit, wenn wir neue unerprobte Kräfte an Stelle von gut eingearbeiteten, bewährten Kräften bringen. Ich will ferner absehen von dem traurigen Rückschritt, der darin läge, eine große Anzahl derjenigen Frauen, die die Frauenbewegung in jahrzehntelanger mühseliger Arbeit aus ihrem engen Familienkreise zu berufstätig öffentlicher Arbeit herausgeholt hat, wieder zur Untätigkeit oder zu ungewollter Hausfrauenarbeit zu verdammen. Aber ich will nicht absehen von den praktischen Folgen, die diese Maßnahme für viele Betroffene zeitigen wird. Nicht immer haben die Eltern genügend soziales Verständnis, um ihre aus der Arbeit entlassene Tochter mit offenen Armen zu empfangen. Aus dem Kreise unserer Kolleginnen kommen schon jetzt Notschreie, daß die Eltern eine Versorgung ihrer erwachsenen Tochter, die bisher selbst ernährt hat, ablehnen oder nur sehr misgütig übernehmen. Unsere Kolleginnen aber, und zwar gerade die, die durch den Rückschritt am Elternhause in der Lage waren, sich trotz des geringen Gehaltes manche Annehmlichkeiten des Lebens zu verschaffen, sind keineswegs geneigt, zu Hause geduldet zu werden und sich dort